

Dillenburger Nachrichten

mit Illustrirter Gratis-Bellage „Neue Lesehalle“.

— Unabhängiges Organ —

der werktätigen Berufsklassen in Stadt u. Land, des gewerblich. u. kaufmännischen Mittelstandes, der Beamten, der Landwirtschaft sowie des Arbeiterstandes.

Erscheinen an allen Wochentagen. — Bezugss. preis vierteljährlich mit Botenlohn 1,75 M., die Post bezogen 1,50 M., durch die Post ins Haus geliefert 1,92 M.

Verlag u. Exped. Dillenburg, Hoigererstr. 9.

Preis für die einspaltige Pettizelle oder deren Raum 15 Pg., Reklamen pro Seite 40 Pg. Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Druck v. Emil Vinding, Buchdruckerei, Herborn.

Nr. 132.

Dienstag, den 9. Juni 1914.

8. Jahrgang.

Die dreijährige Dienstzeit in Frankreich.

Seit nahezu einem Jahre wird um die Dauer der militärischen Dienstzeit jenseits der Pyrenäen ein leidenschaftlicher Kampf geführt, der die Frage nahelegt, ob die Republik die bestehende dreijährige aktive Dienstzeit für die Zukunft wieder herstellen kann. Bekanntlich war diese Dienstzeit im Jahre 1905 abgeschafft und durch Gesetz vom 7. August 1913 wieder eingeführt, nachdem die Maßnahmen Deutschlands zur Vermehrung seiner Armee bekannt geworden waren. Dabei wurde, wie ein alter Generalstabsleiter in der „R. P. R.“ ausführte, allerding jedem Soldaten ein Urlaub von 120 Tagen gesetzlich zugesichert, so daß die tatsächliche Dienstzeit nicht 36, sondern nur 32 Monate beträgt. Gleichzeitig erfolgte eine sehr namhafte Verstärkung der Friedensarmes. So stieg im Herbst 1913 die Friedensstärke infolge der gleichzeitigen Einstellung der Friedensabreden 1912 und 1913 sowie die Annahme zahlreicher Freiwilliger und Kapitulanten mit einem Schlag um rund 225 000 Mann. Für das Etatjahr 1914 beträgt die Durchschnitts-Friedensstärke der französischen Armee — ohne Offiziere und ohne Gendarmerie, jedoch einschließlich Fremdenlegionäre und Eingeborenen-Truppen — etwa 850 000 Köpfe; dazu rund 200 000 Dienstpferde. Die Stärke des deutschen Heeres — ebenfalls ohne Pferde — hat am 1. Oktober 1913 etwas über 751 000 Köpfe und nicht ganz 158 000 Dienstpferde betragen. Erstes hat für Armee und Marine zusammen 1,26 v. h. der Bevölkerung dienstfähig, letzteres 2,10 v. h.

Nur dieser gedrängten Darstellung ist ersichtlich, daß Frankreich die dreijährige Dienstzeit in Verbindung mit der hohen Präsenzstärke sicherlich eine Reihe von Jahren aufzuhalten imstande ist. Denn der Geburtenrückgang macht sich für den Heereserhalt nur allmählich fühlbar. Er wird für die nächsten Jahre ausgeglichen durch die geringere Kindersterilität. Ein wachsender Prozenttag der Geborenen erreicht das militärische Alter. Zudem werden immer mehr Pflichtige tauglich, eine Folge der verbesserten Lebenshaltung, der vermehrten Pflege des Sports und der planmäßig betriebenen militärischen Jugendarbeit.

Wesentlich ungünstiger liegen allerdings die Verhältnisse nach der volkswirtschaftlichen und der innerpolitischen Seite. Wächtige Organisationen des vierten Standes, so die Confédération générale du travail (Allgemeine Arbeiterverbindung), die Fédération communiste anarchiste (Kommunistisch-anarchistische Brüderlichkeit), der Sou du soldat (Pfennig des Soldaten) u. a., pflegen, namentlich im Süden des Landes und in der Hauptstadt, den Antimilitarismus. Anderseits empfinden die Gebildeten die dreijährige Dienstzeit als schweren, nahezu unerträglichen Druck. So mehren sich in Parlament und Presse jetzt die Stimmen gegen die lange Dienstzeit. Während die demokratischer Elemente weitgehende Erleichterungen und Befreiungen, mit anderen Worten den allmählichen Rückbau, im Auge haben, fordern die radikalen die sofortige Wiederaufhebung. Wie indes die genauen Stärkeverhältnisse beider Richtungen in der heutigen Zusammensetzung der Deputiertenkammer liegen, ist zurzeit unmöglich zu beurteilen, da vielfach Strömungen in- und durchsetzen. Deputierte und so die von den Parteiorganen veröffentlichten Wahrscheinlichkeitsberechnungen über die Haltung der Deputierten zum Dreijahresgesetz weit auseinandergehen. Deutlich aber ist es sehr fraglich, ob die Regierung diesen Strömungen auf die Dauer widerstehen können, wenngleich erst dieser Tage der Präsident der Republik sich in öffentlicher Versammlung als solidarisch mit den jeglichen Verhältnissen erklärt hat.

Die Vermutung liegt also nahe, daß die dreijährige Dienstzeit nur einige Jahre bestehen wird, vielleicht so lange, bis der erneut im Auge gesetzte vollständige Abschluß der längeren Ostgrenze in großartigen Befestigungsanlagen herbeiführt sein wird — wenn nicht ein inzwischen ausgetragener Krieg die Frage endgültig macht.

Deutsches Reich.

Sol und Gesellschaft. Das Kaiserpaar wohnte am Freitagmittag zusammen mit den Prinzen und Prinzessinnen Eitel Friedrich und August Wilhelm der Entscheidung des Großen Armeen-Jagdrennens im Grünewald bei. Am gleichen Tage waren der Prinz Oskar von Preußen und seine Braut, die Gräfin von Bassow mit deren Eltern zur Tafel beim Kaiserpaar im Neuen Palais geladen.

Das braunschweigische Herzogspaar traf am Sonnabendmittag mit dem halbjährigen Erbprinzen am Münchner Bahnhof vom König mit der Prinzessin Franz wurde am Bahnhof vom König empfangen. Anwohnd waren die Brüder, der Ministerpräsident Graf Hertling, der Prinz der Behörden und das gesamte Offizierstörps des Orts Schweren Reiterregiments, bei dem der Herzog ebenfalls einige Zeit aktiv war.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft, die bekanntlich in beiden Tagen zu Danzig ihre diesjährige Tagung abhielt, sprach sich in einer Volksversammlung für einen planmäßigen Ausbau des Eisenbahnnetzes in den Kolonien unter Berücksichtigung von Reichsmitteln aus und nahm zu den im Reichstag gegen die Pflanzer erhobenen Vorwürfen eine entschiedene Behandlung der Eingeborenen zurück.

Nachdem noch ein Antrag, den Reichskanzler um Maßnahmen zur Ausdehnung der Angestelltenversicherung auf die Kolonien zu ersuchen, Annahme gefunden hatte, wurde beschlossen, die nächste Tagung in Nürnberg abzuhalten.

Sozialdemokratie und Kaiserhoch. Der Beschluss der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, beim Kaiserhoch zu bleiben, war, wie der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Gradnauer in der „Dresd. Bzg.“ mitteilte, nur mit einer ganz kleinen Mehrheit gefasst worden, mit einer Mehrheit, die durch spätere Erklärungen abweichender Mitglieder zur Minderheit geworden wäre.

Ausland.

Außenland.

Wohin zielt die Politik des Jarenreiches?

Neben Russlands politischen Wege hat sich der Petersburger Geschichtsprofessor Mitrofanov in den „Preußischen Jahrbüchern“ auf ganz besonders freimütige Weise ausprochen, indem er u. a. ausführt, daß Russland den Russen wegen seiner Freundschaft mit der Donaumonarchie im Wege stehe. Für das Jarenreich sei die Ausdehnung auf dem Balkan eine politische Notwendigkeit; denn nur der Besitz des Bosporus und der Dardanellen könne es vor einer passiven Handelsbilanz schützen. Die Existenz einer Weltmacht wie Russland dürfe aber nicht von Juwel und fremder Willkür abhängen. Deutschland sei der Freund der Türkei und mache diese kriegstüchtig; infolgedessen gehe für Russland der Weg nach Konstantinopel über Berlin; Wien komme eigentlich erst in zweiter Linie in Betracht. — Daß dem Jarenreich nicht die von seinen chauvinistischen Politikern angestrebte Herrschaft über Asien und Europa ausgeliefert werde, dafür wird nicht nur der Dreikind, sondern auch die britische Weltpolitik sorgen.

Gegen die deutsche Schutzollpolitik.

Beim Etat des Verkehrsministeriums begründete der Referent Demtschenko (Nationalist) eine von der Budgetkommission beantragte Übergangsformel, in der die Notwendigkeit einer beispieligen Ausarbeitung des Planes, die Weichsel und das Bassin des Niemen mit der Ostsee über Windau oder Libau zu verbinden, betont wird. Da ein Teil der russischen Flüsse und Wassersysteme in Deutschland mündet, sei das russische Holz bei dem besonderen deutschen Schutzoll für Rohmaterial von den deutschen Holzhändlern und Cellulose-Fabriken abhängig. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Revision des Handelsvertrages erscheine es notwendig, den russischen Flüssen einen freien Ausgang zum offenen Meere zu schaffen, um den russischen Handel von dem Einfluß der deutschen Holzindustrie zu befreien. Die Duma nahm die Übergangsformel einstimmig an.

Frankreich.

Die Kabinettbildung gescheitert.

Im Laufe einer Besprechung, die am Sonnabendvormittag im Ministerium des Innern zwischen Viviani und den von ihm in Aussicht genommenen Mitarbeitern stattfand, traten hinsichtlich der Stellungnahme zum Dreijahresgesetz neue Schwierigkeiten auf, infolge deren die Kabinettbildung scheiterte. Der Misserfolg ist auf den Widerstand der Radikalen zurückzuführen. Viviani teilte nach Schluss der Besprechung dem Präsidenten der Republik mit, daß er darauf verzichten müsse, die Bildung des Kabinetts zu übernehmen.

Balkan.

Die Lösung des albanischen Wirrwars wird von Tag zu Tag schwieriger. Obwohl die Internationale Kontrollkommission vor einigen Tagen ihr Mandat wegen Aussichtslosigkeit der Verhandlungen mit den Aufständischen für erledigt erklärt hatte, ließ sie sich vom Fürsten bestimmen, an einer für Freitag anberaumten Zusammenkunft der Insurgenten in Shkodra teilzunehmen, in deren Verlaufe letztere mit grohem Nachdruck die Notwendigkeit der Wiederherstellung des türkischen Regimes betonten und eine Liste mit Forderungen vorlegten, die acht Punkte enthielt. Die Kontrollkommission lehnte jedoch die Besprechung dieser Punkte ab.

Die seit einigen Tagen bestehende Verhängung des Belagerungszustandes über Durazzo zeitigte am Freitag bereits einen Zwischenfall, der die an sich schon wenig gemütliche Atmosphäre in Albanien mit neuem Konfliktstoff füllten dürfte. An diesem Tage wurden abends um 1/4 Uhr in dem Hause des Direktors der italienischen Post der italienische Oberst Muricchio und der italienische Professor Chinigo plötzlich unter der Anschuldigung verhaftet, mit den Aufständischen Lichtsignale ausgetauscht zu haben. Das italienische Konsulat wurde um 1/4 Uhr von der Verhaftung benachrichtigt. Marquis Durazzo, der Vertreter des Konsuls, protestierte wegen der Verzögerung, mit der er von der Verhaftung zweier italienischer Untertanen, die unter dem Schutz der Kapitulationen standen, in Kenntnis gesetzt worden sei. Er protestierte ferner gegen die Verlezung des Hausrades und ließ schließlich die beschlagnahmten Papiere prüfen und versiegeln, unter denen Oberst Muricchio ein Notizbuch fand, das ihm nicht gehörte. Um Mitternacht wurden die beiden Verhafteten wieder freigelassen.

Die in Durazzo lebenden Italiener haben seit Verhängung des Belagerungszustandes begonnen, in panikartiger Flucht die Stadt zu verlassen.

Griechenfeindliche Kundgebungen in Bulgarien.

Dass die durch den Balkaner Frieden auf dem Balkan geschaffenen Zustände recht wenig dauerhaft und sicher sind, beweisen manche der Volksleidenschaft und dem Nationalismus entstehende Krisenfälle in den einzelnen

Staaten. Wahrend in dem griechisch-türkischen Auswanderungskrieg wieder etwas mehr Ruhe eingetreten zu sein scheint, macht sich in den jüngsten Tagen in Bulgarien eine bedeutsame Griechenfeindschaft geltend. Nicht nur in der Umgebung der griechischen Kirche in Sofia, sondern auch in der bulgarischen Hafenstadt Varna am Schwarzen Meer und in Dedeagatch am Ägäischen Meer kam es zu antihellenistischen Ausschreitungen, die vorherhanden allerdings durch den Ausdruck des „Bedauerns“ seitens der bulgarischen Regierung wieder belegt zu sein scheinen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die Vermittlungskonferenz droht.

Neu Yorker Blätter wissen aus Washington zu melden, daß Präsident Wilson eine funktentelegraphische Depesche aus Niagara Falls erhalten habe, in der die Vermittler sich darüber beschweren, daß die Vereinigten Staaten die Lieferung von Waffen und Munition an die mexikanischen Insurgenten nicht verhinderten. Es sei sogar angedeutet worden, daß diese Haltung der Vereinigten Staaten der Vermittlungskonferenz ein Ende machen könnte.

Kleine politische Nachrichten.

Die Reichstagswahl im Herzogtum Coburg ist am 10. Juli (nicht, wie zuerst gemeldet worden, auf den 11. Juni) festgesetzt worden.

Der Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises (Königsberg 2) Labiau-Wehlau, Rittergutsbesitzer und Oberst a. D. Ludwig von Massow, starb am Sonnabend in Wehlau nach langerem Leiden im Alter von 70 Jahren.

Der Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik wird am 13. Juni in Köln seine dritte Mitgliederversammlung abhalten.

Zu Vorschauverbesserungen der städtischen Arbeiter bewilligte der Münchner Magistrat am Freitag einstimmig die Summe von 144 000 M.

Der Kreisfleutnant von Winterfeldt, dessen Genesung erfreuliche Fortschritte macht, darf in einigen Tagen Schloss verlassen und mit seiner Familie in einem Landhaus bei Lauterbach Aufenthalt nehmen.

Dem habamiliösen vatikanischen „Osservatore Romano“ zufolge wurde laut Beschluss der Indexpfarrer vom 1. Juni das Werk von Theodor Wacker „Zentrum und kirchliche Autorität“ (Essen 1914) auf den Index gestellt.

Der in Karlsbad (Böhmen) weilende König Gustav von Schweden, dessen Gesundheit sich bedeutend gebessert hat, wird am 14. Juni nach Baden-Baden reisen, wo am 16. sein Geburtstag in Anwesenheit der Königin gefeiert wird. Der König dürfte ungefähr am 20. Juni in Stockholm eintreffen.

Den Ulsterleuten gelang am Freitag ein Waffenstillstand, durch den dreitausend Mauserbüchsen auf einem Schoner in die Bucht von Belfast gebracht worden waren; Freiwillige schafften diese Ladung in Karren fort, da die Polizeibehörden vollständig unvorbereitet waren.

Das am Freitag in Russland veröffentlichte Gesetz über die Verzöllung von ausländischen Getreide, Getreide und Bohnen wird eine Woche nach der Veröffentlichung in Kraft treten.

Weil aus Taza (Ostmarokko) gemeldet wird, hatte die Königin des Generals Baumgarten, welche sich mit den Truppen des Majors Goubeaud bei Ain Agbal vereinigt hatte, am Mum-Fluß bei Sidi dei Kalai einen heftigen Kampf mit den Anhängern des Kalai Schergitti zu befechten. Die Marokkaner wurden in die Flucht geschlagen. Die Franzosen hatten drei Tote und fünfzehn Verwundete.

Die mongolische Regierung in Urga machte den Pekinger Gesandten Deutschlands, Englands, Amerikas und Frankreichs Mitteilung von der Unabhängigkeit der äußeren Mongolei und lud sie ein, Vertreter zum Abschluß von Handelsverträgen nach Urga zu senden.

Die bayerische Kammer der Abgeordneten nahm am Sonnabend einstimmig den Gesetzentwurf über Erhebung eines 25prozentigen Zuschlages zur Reichsabfuhrsteuer an. Das Gesetz hat rückwirkende Kraft ab 1. Januar 1914. Die vorläufige Einnahme aus der Steuer ist auf 1700 000 M. veranschlagt.

Aus Groß-Berlin.

Stiftung für erwerbsunfähige gewordene Krankenpflegerinnen. Der verstorbene frühere Hoffchauspieler Adolfs Landvoigt hat der Stadt Berlin die Summe von 80 000 M. zur Errichtung einer nach ihm zu benennenden Stiftung vermacht, die aus ihren Einkünften fränkte, gebrüderliche oder durch Alter erwerbsunfähige Krankenpflegerinnen, und zwar Privatschwestern, die keine Fürsorge als Mitglieder von Schwesternverbänden genießen, unterstützen soll.

Der Denkmalschänder Ussler, der in der Nacht zum Karfreitag in der Siegesallee mehrere Denkmäler beschädigte und gleich nach der Tat verhaftet wurde, wird wahrscheinlich nicht zur Verantwortung gezogen werden können. Er wurde jetzt, da er mehrfach Tobsuchtsanfälle bekam, auf Antrag seines Verteidigers Dr. Werthauer zur Beobachtung seines Geisteszustandes in die Charité gebracht.

Im letzten Augenblick verhütet. Ein im Berliner Verkehrsleben ungewöhnlicher Unfall, der um ein Haar zu einer schweren Katastrophe geführt hätte, hat Sonnabend morgen am Reichstagssäule einen Automobilomnibus der Hochbahngesellschaft getroffen. Der Autobus fuhr, anscheinend infolge Verzerrung der Steuerung, gegen das Ufergelände und durchbrach es, so daß der vorderste Teil des Wagens hindurchging und sich über die Böschung senkte. Zum Glück blieb der Wagen noch in dem Gelände des Geländers stehen, sonst wäre er mit allen Insassen, neun Passagieren sowie dem Chauffeur und dem Schaffner, in die Spree gestürzt.

